

**Bayerisches Staatsministerium des Inneren,  
für Bau und Verkehr  
Herrn Staatsminister Joachim Herrmann  
Odeonsplatz 3  
80539 München**

Unterhaching, 7.2.2017

**Offener Brief: Arbeitsgenehmigungen und Verlängerungen von Genehmigungen für in Unterhaching untergebrachte Geflüchtete**

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

in Unterhaching sind insgesamt knapp 500 Geflüchtete in festen Unterkünften, Einzelwohnungen, einer Erstaufnahmeeinrichtung und zwei kleinen Traglufthallen untergebracht. Auf die Herkunft der untergebrachten Menschen hatte die Gemeinde bzw. der Gemeinderat Unterhaching keinen Einfluss. So wohnen bei uns im Ort viele Menschen aus Nigeria und Afghanistan, zudem fast 100 Senegalesen.

Viele Bürgerinnen und Bürger Unterhachings haben die Integrationsbemühungen von Anfang an, nun schon fast zwei Jahre lang, in ihrer Freizeit engagiert unterstützt und zudem vielfältige bürokratische Aufgaben übernommen. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer konnten zahlreiche Unternehmer und Institutionen zur Mithilfe gewinnen und fast alle der Geflüchteten, die bereits länger in Unterhaching untergebracht sind, haben einen festen Arbeitsplatz. Dies dient der Integration, der Akzeptanz und dem sozialen Frieden innerhalb der Gemeinde.

Aufgrund Ihrer Weisung, Arbeitsgenehmigungen nur noch nach Bleibeperspektive zu erteilen, werden derzeit auch keine Verlängerungen der Arbeitsgenehmigungen mehr erteilt. Anträge unserer Schützlinge aus Nigeria und Afghanistan werden derzeit nicht bearbeitet. Kurzfristig stehen nun Unternehmen ohne bewährte Mitarbeiter da. Aktuell ist unter anderem unser Schulcaterer, der die Grund- und Mittelschule mit Mittagessen versorgt, betroffen: Ihm fehlen zwei Mitarbeiter. So schnell findet der Caterer keinen Ersatz, was nicht nur auf seine Firma Auswirkungen hat.

Die Geflüchteten, die fleißig gearbeitet haben, sind zum Nichtstun gezwungen. Sie können nicht mehr Steuern und Sozialabgaben bezahlen, sondern sind im Gegenteil auf Unterstützung angewiesen. Die Arbeit der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung ist zunichtegemacht. Mit den Folgen wie psychischen Problemen, sozialen Spannungen und Konflikten in den Unterkünften werden wir als Kommune alleine gelassen.

Als Kommunalpolitiker in Unterhaching sehen wir uns – unabhängig von der Diskussion an sich - in der Verantwortung, die durch die Unterbringung von Geflüchteten entstandenen Herausforderungen anzunehmen, die Flüchtlinge und den Helferkreis zu unterstützen und alles zu versuchen, dass sich die Situation nicht verschärft.

Deshalb bitten wir Sie dringend, die Weisung, Arbeitsgenehmigungen restriktiver zu erteilen, wenigstens insoweit zurückzunehmen, dass eine zügige Behandlung aller ausstehenden Anträge zur Fortführung von Arbeitsverhältnissen wieder möglich ist. Ansonsten bestrafen Sie nicht nur die arbeitenden Flüchtlinge, sondern auch unsere sozial engagierten Unternehmen. Darüber hinaus bitten wir Sie, den Landratsämtern vor Ort wieder die Entscheidungsmöglichkeiten (beispielsweise Einzelfallentscheidungen) zu geben, um zielgerichtet und den jeweiligen Umständen vor Ort Rechnung zu tragen.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Radl  
SPD Unterhaching

Richard Raiser  
CSU Unterhaching

Claudia Köhler  
Grüne Unterhaching

Bernard Maidment  
FDP Unterhaching